

Sitzung vom 28. November 2019.

Anwesend: Frau DHUR Marion, **Bürgermeisterin**, Frau HOUSCHEID Sonja, Frau THEIS Erika, **Schöffinnen**, Herr DOLLENDORF Serge, **Schöffe**, Herr KLEIS André, Herr WIESEN Helmuth, Frau KAUT Nadja, Herr SCHWALL Ralph, Herr REUTEN Helmuth, Frau WIRTZFELD Monique und Frau GENNEN Monique, **Gemeinderatsmitglieder.**

Herr P. SCHÖSSLER, **Generaldirektor.**

Abwesend: Herr SCHMITZ Romano, Gemeinderatsmitglied.

Punkt - 28 - der Tagesordnung.

Gegenstand : Festlegung der Steuern: Steuer auf Verlängerung der Polizeistunden für die Jahre 2020-2025.

In öffentlicher Sitzung.

DER GEMEINDERAT

Aufgrund der Artikel 35, 74 und 75, 174 sowie 184 bis 193 des Gemeindedekrets vom 23.04.2018;

Aufgrund des Gesetzes vom 13.04.2019 über die Einführung des Kodex der gütlichen und nicht-gütlichen Beitreibung von steuerlichen und nicht-steuerlichen Forderungen;

In Erwägung, dass vorliegende Steuer das Ziel verfolgt, sowohl der Gemeinde die Finanzmittel zu beschaffen, um ihre Aufgaben als öffentlicher Dienst auszuüben und ihre gewünschte Politik zu führen, als auch ihr finanzielles Gleichgewicht zu sichern;

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1: Zugunsten der Gemeinde wird für die Jahre 2020-2025 eine Steuer zu Lasten der Inhaber von öffentlichen Lokalen erhoben, die eine Verlängerung der durch Beschluss vom 24.01.1977 festgesetzten Polizeistunde beantragen. Der Betrag dieser Steuer wird auf 2,50 Euro für die erste Verlängerungsstunde (d.h. von 1 bis 2 Uhr) und 5,00 Euro für die zweite Verlängerungsstunde (d.h. von 2 bis 3 Uhr) festgesetzt.

Artikel 2: Die Steuerpflichtigen müssen den Betrag zu Händen des von der Gemeindeverwaltung beauftragten Beamten entrichten, der Quittung darüber aushändigt in dem Augenblick, wo die Verlängerung abgeholt wird.

Artikel 3: Die auf Grund der Erklärung getätigte Zahlung wird unter Vorbehalt aller Rechte und jeglicher Überprüfung durch die Gemeindeverwaltung angenommen.

Artikel 4: Die Vorschriften bezüglich der Beitreibung, Verzugs- und Aufschubzinsen, Verfolgungen, Vorzugsrecht, gesetzliche Hypothek sowie der Verjährung in Sachen staatliche Einkommenssteuern gelten für die vorliegende Besteuerung.

Artikel 5: Der Steuerpflichtige kann eine Reklamation beim Gemeindegremium, der Gemeinde Burg-Reuland einlegen. Die Reklamation

muss schriftlich und begründet sein und innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung des Steuerbescheides (Auszug aus der Heberolle), entweder ausgehändigt oder auf dem Postweg zugestellt werden. Die Zahlungsverpflichtung wird durch das Einlegen einer Reklamation nicht aufgehoben.

Artikel 6: Jeder Betriebsführer ist verpflichtet, den durch die Gemeindeverwaltung beauftragten Kontrollbehörden Zugang zu seinem Betrieb zu gewähren und sich den durch das Gemeindegremium vorgesehenen Kontrollen zu unterwerfen.

Artikel 7: Es handelt sich um eine Barsteuer. Insofern diese Steuer nicht im Augenblick der Erklärung entrichtet wird, kann der Betrag der Steuer in die Heberolle eingetragen werden.

Artikel 8: In Ermangelung einer Barzahlung wird gemäß Artikel 10 die Steuer in eine Heberolle aufgenommen; alsdann ist die Steuer unmittelbar nach Erhalt des Steuerbescheides zu zahlen.

In Ermangelung der Zahlung innerhalb dieser Frist werden die Regeln betreffend die Verzugszinsen auf die staatlichen Einkommensteuern angewandt.

Artikel 9: Die betreffende Steuer wird im Haushalt unter O.E. 040/365-02 verbucht.

Artikel 10: Der vorliegende Beschluss wird der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Ausübung der allgemeinen Aufsicht übermittelt.

Namens des Gemeinderates :

Der Generaldirektor,
gez. P. SCHÖSSLER

Der Generaldirektor,
P. SCHÖSSLER

Für gleichlautenden Auszug :
Burg-Reuland, den 29.11.2019



Die Vorsitzende,
gez. M. DHUR

Die Bürgermeisterin,
M. DHUR